

Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Home Politik Wirtschaft Finanzen Klima Internationales Wissenschaft Autoren Das Printmagazin Launch

Globalisierung Trump Biden

Tooze: Das Ende der Globalisierung

Die zweite Amtszeit Trumps markiert das Ende der vertrauten Globalisierung. Wie Europa auf ein drohendes Wirtschaftschaos reagieren kann, erklärt Adam Tooze.

Adam Tooze
14 Februar 2025, 1:58 PM –
10 Minuten Lesedauer



Adam Tooze beobachtet Trumps neue Amtszeit. Collage: Andy King, Material: Eike Wörrlein

Donald Trumps Wiederkehr ins Weiße Haus bestätigt, dass die vertraute Ära der Globalisierung zu Ende geht. Beim ersten Mal konnte man Trumps Erfolg als Entgleisung abtun. Jetzt ist klar: 2017 war ein Epochenbruch. Die Frage ist, wie Europa – und vor allem progressive politische Kräfte in Europa – auf diese Herausforderung reagieren soll.

Der Architekt der wirtschaftlichen und geopolitischen Strategie von Präsident Biden, Jake Sullivan, begriff den aktuellen historischen Moment als dritte Ära der amerikanischen Weltmacht. Nach der Ära des New Deal und des Marshall-Plans und nach der Ära der Globalisierung und des Neoliberalismus sah die Bidenregierung sich als Avantgarde einer neuen Zeit des nationalen wirtschaftlichen Wettbewerbs. Die Bidenomics gaben sich einen progressiven Anstrich. Sie

versprochen grüne Industriepolitik, die Entwicklung sauberer Energie und einen neu austarieren Sozialpakt auf der Grundlage kontrollierten Handels. Progressive Regierungen in Europa, vor allem die Ampelkoalition, sahen in der Biden-Administration einen Partner. Mit Donald Trump und Elon Musk steht uns nun etwas viel Gefährlicheres bevor. Es ist eine Versuchung, Trump einfach als reaktionär abzutun. Aber man sollte die Dynamik von Trump 2.0 nicht unterschätzen.

Was will Trump?

Wenn Progressive versuchen, Trumps Wahlsieg zu erklären, greifen sie oft zu negativen Bildern. Seine Wählerschaft sei »abgehängt« und von Ressentiment getrieben. Es ist zwar wahr, dass ein großer Teil von Trumps Wählerschaft sich gegen Veränderungen wehrt. Sie wollen »ihr Amerika« zurück. Aber man sollte die Stimmung in Amerika im Jahr 2025 nicht mit der im Jahr 2017 verwechseln. Die amerikanische Rechte ist aggressiver, selbstbewusster und zielstrebig. Obwohl sie es leugnen, haben sie von der Biden-Administration eine Wirtschaft auf Hochtouren geerbt. Nicht umsonst ist das Schlagwort des Momentes »American exceptionalism«: Die Amerikanische Wirtschaft hängt alle Konkurrenten ab.



Die Wirtschaftselite der USA bei Trumps Amtseinführung. Credit: IMAGO/Newscom

Trump's Protektionismus ist grob. Er ignoriert die Vorteile, die sich für amerikanische Verbraucher aus billigen Importen ergeben und für amerikanische Investoren aus der Globalisierung. Aber auch der Protektionismus sollte nicht missverstanden werden. Worum es Trump geht, ist amerikanischen Reichtum und Marktmacht zum Einsatz zu bringen. Nach Trumps Diagnose, und das ist schwer zu bestreiten, »tragen« die USA die gesamte Weltwirtschaft. Es ist die amerikanische Nachfrage, die die Exportwirtschaft in Asien und Europa in Gang hält. Es ist der amerikanische Markt, auf dem die chinesische Wirtschaft das riesige Potenzial ihrer verarbeitenden Industrie entfaltet hat. Die USA machten damit auch ihre Nachbarn, Mexiko und Kanada, reich.

Die USA sind der schlafende Gigant, der von allen ausgenutzt wird. Die Handelsdefizite sind das Maß des Aderlasses. Trumps Versprechen ist, das zu ändern. Der Protektionismus soll die heimische Produktion befördern. Wenn internationale

Firmen auf den amerikanischen Markt wollen, dann müssen sie in Amerika investieren. Seine Berater sehen das wohl anders, aber Trump selbst hat nichts dagegen, wenn sich chinesische Firmen in Amerika ansiedeln. Worum es geht, ist, dass Amerikas Reichtum »zu Hause« bleibt.

Im Mächteringen der Weltwirtschaft, im Wettlauf der Börsen ist die Hightech-Branche Amerikas Trumpf. Der derzeitige Tech-Boom in den USA – von KI über Fintech bis hin zu Nvidia-Chips – verleiht Trump 2.0 eine ganz andere Note als Trump 1.0. Kalifornien mag für die Demokraten stimmen, aber bei Technologie ist Trump heute mit von der Partie. Er wird deregulieren und Steuern senken, deshalb scharen sich die Technologie- und Finanztechnologie-Unternehmen um den neuen Präsidenten. Es gibt zwar immer noch viele Wähler, die für Trump stimmen, weil sie sich abgehängt fühlen. Aber die vorherrschende Stimmung ist geradezu triumphalistisch.

Die Verbrüderung zwischen Trump und Musk verkörpert diese neue Stimmung. Musk steht für technologische und gesellschaftliche Disruption, gekoppelt mit maßloser Ambition. Es geht weniger darum, Amerika wieder groß zu machen (MAGA), als darum, Amerika größer als jemals zuvor zu machen. Dass Musk über die Plattform X in aggressiver Form in die Politik Europas eingreift, ist ganz im Sinne Trumps.

Man sollte auch vorsichtig sein, wie man Trumps Position zum Klima versteht. Aus Sicht der Europäer muss Trump als Klimaleugner charakterisiert werden, das heißt als Mann in der Defensive. Aber so sieht die Welt im Trump-Lager nicht aus. Für sie ist Klimaschutz einfach kein Thema. Worum es Trump geht, ist Energie, möglichst viel davon. Neuartige Energiequellen lehnt Trump nicht ab, mag Elon Musk seine Batteriefabriken bauen. Doch was Trump und sein Team vorantreiben werden, ist die »amerikanische Energiedominanz«, gesichert auf der Basis des Fracking-Booms, der die USA zum größten Öl- und Gasproduzenten aller Zeiten gemacht hat.

In der Machtkoalition um Trump spielt die US-Finanzwirtschaft nicht die Rolle, die sie unter Clinton, Bush und Obama hatte. Aber Hedgefonds und private Vermögen sind in der Trump-Administration weitaus prominenter als unter Biden. Und die Deregulierungswelle verspricht, amerikanische Banken und Fonds auf dem Weltmarkt noch dominanter zu machen, als sie es jetzt schon sind. Kleinkrisen wie bei der Silicon Valley Bank 2023 steckt das System weg. Giganten wie JP Morgan oder Blackrock gelten als bombensicher.

Für konventionell denkende Kritiker ist klar, die einzelnen Punkte der Trump-Agenda sind nicht schlüssig. Im Moment wollen sie sowohl Protektionismus als auch niedrigere Lebenshaltungskosten, einen schwächeren Dollar und eine stärkere Handelsbilanz sowie ein geringeres Defizit durch Steuersenkungen. Es wird einige Zeit dauern, um herauszufinden, wie das aufgeht. Aber was bereits jetzt als gemeinsamer Nenner feststeht, ist Triumphalismus, Aggressivität und Unilateralismus.



These boots are made for walkin'. Nur wohin? Credit: IMAGO/ZUMA PressWire

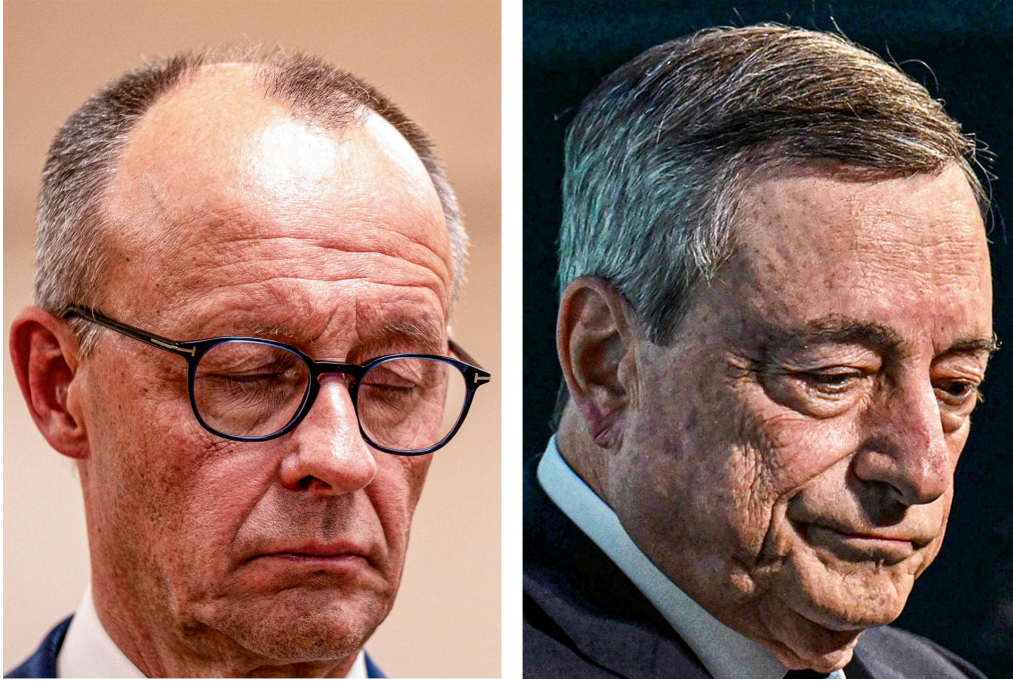
Europas Antwort auf MAGA

Europa muss sich darüber im Klaren sein, wie dynamisch, instabil und unbequem die neuen Machthaber in Washington sein werden. Der Kontrast zu der Amtszeit Bidens könnte nicht größer sein. Während Biden direkt mit Brüssel verhandelte, ist Trump der EU als solcher feindlich gesinnt. Trump zieht es vor, Geschäfte bilateral zu tätigen. Für Europas Regierungen wäre es fatal, sich darauf einzulassen. Europa ist in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in einer denkbar schwachen Position. Der Krieg in der Ukraine, dem sich die EU mehrheitlich verschrieben hat, läuft schlecht. Die europäische Wirtschaft, vor allem die deutsche, schwächelt. Die Zukunft sieht noch düsterer aus. Das jedenfalls ist das Fazit des Berichts des ehemaligen Premierministers von Italien und EZB Chefs Mario Draghi aus dem Sommer 2024. Wenn das europäische Kapital einen Sprecher hat, dann ihn. Seine Botschaft: Europa fällt in Schlüsselbereichen der Technologie, Produktivität und Unternehmensmacht weit hinter die Vereinigten Staaten zurück.

Draghi lehnte das alte Programm der internen Abwertung, Lohnkürzungen und so weiter ab. Gegen Amerika mit Austerität anzugehen ist hoffnungslos. Draghi forderte mehr Investitionen und Forschung und Entwicklung. Das klingt fortschrittlich und es würde Europa tatsächlich einen Wachstumsschub geben. Doch die politische Ökonomie des Draghi-Berichts ist offen revisionistisch zugunsten des Kapitals. Um Investitionen zu finanzieren, fordert Draghi höhere Gewinne und die Entfesselung des europäischen Venture Capitals. Wie in Amerika sollen öffentliche Mittel in noch größerem Umfang in den Dienst von Sektoren wie Big Tech, den militärisch-industriellen Komplex und den Raumfahrtsektor gesteckt werden. Die Antwort auf Europas Strukturkrise ist, nach Draghi, eine Amerikanisierung der europäischen politischen Ökonomie zugunsten des Kapitals. In der Industriepolitik wiederholt Draghi die Formel, die er als Europas Zentralbankchef berühmt machte: »Whatever it takes.«

Man könnte meinen, dass eine wirtschaftsfreundliche Agenda wie die von Draghi, die ganz offensichtlich von dem Wunsch motiviert ist, die Aussichten für die Kapitalakkumulation in Europa zu verbessern, bei Konservativen Anklang finden würde.

Das mag in Frankreich oder Italien zutreffen. In Berlin sieht es jedoch anders aus. Friedrich Merz gibt sich zwar als klassischer Europäer nach der Art von Kohl und Schäuble: Er befürwortet eine europäische Armee und unterstützt das Programm des ehemaligen italienischen Premierminister Enrico Letta, der für die Vervollständigung eines gemeinsamen europäischen Marktes plädiert. Aber wenn es ernst wird, wenn es um die Finanzierungsfrage geht, stellt Merz sich stur. Auf Draghis Bericht reagierte Merz mit dem Versprechen, alles zu tun, um weitere gemeinsame Schulden zu verhindern.



Friedrich Merz und Mario Draghi. Credit: IMAGO/Eibner, IMAGO/ZUMA Press

Wie aber sollen die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Infrastruktur finanziert werden? Ein Investitionsprogramm ohne Finanzierung ist kein Investitionsprogramm. Wie Draghi deutlich macht, wird die übliche Formel aus Deregulierung und niedrigen Staatsschulden nicht ausreichen.

Das Vorpreschen der amerikanischen Wirtschaft und die ungestüme neue Agenda der Trumps erfordern dringend eine gemeinsame europäische Politik. Unter der Ampel fehlte die Initiative aus Berlin. Was unter Merz zu befürchten ist, ist eine prinzipielle Blockade. Weder die europäische Position noch die Agenda 2030, mit der die CDU in den Wahlkampf gegangen ist, sind schlüssige Konzepte. Den Bürgern vorzugaukeln, dass Steuererlasse mit Kürzungen im Sozialetat und bei der Migration zu finanzieren sind, ist nichts anderes als Finanzpopulismus.

Die politische Herausforderung durch Trump ist ernst, auch für Europas Konservative. Trumps reaktionäre Kulturpolitik könnte bei einigen Rechten in Europa Anklang finden. Leute wie Orban könnten jubeln. In den meisten Teilen Europas stoßen Trumps Kulturkampfthemen aber nur auf begrenztes Interesse, da sich die europäischen Gesellschaften zu stark von den USA unterscheiden. Die europäische Rechte mag an einer veralteten Vision der europäischen Industriestruktur festhalten. Aber glaubt irgendwer wirklich, dass mit Verbrennermodellen die deutsche Autoindustrie zu retten sei? Für Trump mag das gehen, für Europa und für Deutschland, die auf dem Weltmarkt mit China in direkter Konkurrenz stehen, nicht.

Der europäische Konservatismus ist auch in der Außenpolitik desorientiert. Traditionell waren Konservative im Kalten Krieg in der Westbindung verankert. Aber was bedeutet das in der Ära Trump? Was als vernünftige Sicherheitsstrategie für Europa erscheinen mag, wäre eine solide Front gegen Putin und die Bereitschaft, mit China zu reden. Unter Trump droht das genaue Gegenteil. Und jetzt hat Trump auch noch seine Ansprüche auf Grönland bestärkt. Peinlich dabei ist, das Grönland selbst die Unabhängigkeit beansprucht und schon 1985 aus der EU ausgestiegen ist.

Was der Trump-Moment eindeutig erfordert, ist mehr Souveränität und Unabhängigkeit seitens Europas. Die nötigen Ausgaben ließen sich ohne weiteres über die EU gemeinsam mobilisieren. Aber genau dagegen sträuben sich die europäischen Finanzkonservativen. Das erlaubt nur einen Schluss: Es gibt einen Fundamentalkonflikt zwischen konservativen Werten und den Anforderungen der Zeit.

Das Gleiche gilt für eine weitere große Herausforderung, vor der Europa steht: Demografie und Migration. Eine konstruktive Migrationspolitik muss auf dem Grundsatz basieren, dass neue Arbeitskräfte und neue Bürger neues Kapital benötigen. Andernfalls führt der Zustrom zu Knappheit und Nullsummenspielen, die Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments schüren. Die Hauptaufgabe des öffentlichen Haushalts sollte darin bestehen, die soziale Reproduktion durch unterstützende Familien-, Pflege-, Migrations-, Bildungs- und Wohnungspolitik sicherzustellen. Das wird Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht beseitigen, aber es wird ihnen die Argumente nehmen und ihre politische Basis einschränken. Wieder einmal haben die Konservativen in Europa keine Antworten. Die Migration einfach zu stoppen, heißt, sich auf eine zunehmend brutale und zynische Verteidigung der Festung Europas einzulassen.

Man kann auch die konservative Behauptungen, familienfreundlich zu sein, nicht ernst nehmen, wenn ihr Ansatz in Bezug auf Geschlechterrollen im vergangenen Jahrhundert stecken bleibt. Familienpolitik kann nur dann helfen, wenn sie mit einer Veränderung der Geschlechternormen und öffentlicher Unterstützung einhergeht, die die Umstände für junge Frauen verändert, die überlegen, wie, wann und wie viele Kinder sie bekommen wollen. Die Anti-Woke-Haltung des Konservatismus lässt ihnen keine wirklich positive Antwort. Nicht umsonst wird die politische Linie zunehmend durch das Geschlecht definiert. Junge Frauen wissen, wo ihre Interessen liegen.

Für einen europäischen Schuldenmarkt

Die Herausforderungen und die Versäumnisse der Rechten definieren die Möglichkeiten, die sich der europäischen Linken bieten. Sie muss eine realistische und tragfähige Vision einer Gesellschaft bieten und in der Lage sein, Vielfalt und Mobilität zu akzeptieren und davon zu profitieren. Dazu gehört es, die Care-Ökonomie in all ihren Facetten auszubauen und Technologien zu verfolgen, die auf zukünftige Herausforderungen mit neuen Energiesystemen ausgerichtet sind. Sie muss die digitale Infrastruktur und öffentliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte ausbauen.

Für all das sind Investitionen erforderlich. Diese müssen – sagen wir es offen – vom Staat unterstützt und abgesichert werden. Das geht sinnvollerweise über Schulden. Ein ordnungsgemäß regulierter und verwalteter öffentlicher Schuldenmarkt ist kein

Hemmschuh und keine Belastung, sondern ein enormes Potenzial für einen fortschrittlichen und aktiven Staat. Die wirtschaftspolitische Reaktion auf Covid hat im Jahr 2020 gezeigt, wie enorm wirkungsvoll die Kombination aus aktiver Fiskal- und Geldpolitik sein kann.

Ein europäischer Schuldenmarkt ist ein Fundament der europäischen Souveränität. Euro-Titel bieten Anlegern und Sparern eine Alternative zum Dollar. Weltweit kommt nur der Euro als Alternative infrage. Voraussetzung dafür ist eine auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftspolitik, die den Import aufheizt und die chronischen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und Europas in ein neues Gleichgewicht überführt. Damit wäre auch der Hauptkritikpunkt der Trump-Administration vom Tisch.

All das würde Europa die reale Möglichkeit geben, die sicherheitspolitische, technologische und makroökonomische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern und seine eigenen Interessen in einer zunehmend polyzentrischen Welt zu definieren. Die grundlegende Behauptung der Linken sollte lauten, dass unsere Zukunftsvision realistischer und nicht utopischer ist als die der Konservativen. Wir sehen das Ausmaß der vor uns liegenden Herausforderungen. Wir sind bereit, den notwendigen Radikalismus anzunehmen, um sie zu bewältigen.

Aber aus dem gleichen Grund müssen wir auch realistisch sein und bei unserer Machtdiagnose einen klaren Blick haben. Wir starten nicht von einer günstigen Position aus. Der transatlantische Ausblick ist schrecklich. Wir bringen diese Zeitschrift vor dem Hintergrund der gescheiterten Ampelkoalition in Deutschland heraus. Zumindest für eine Zeit konnte diese Regierung für sich beanspruchen, die progressivste der Welt zu sein. Der Versuch ist gescheitert.

Die progressive Politik wird sich von der Opposition aus behaupten müssen. Daher ist es an der Zeit, einen Oppositionsblock aus politischen Koalitionen und Teilen der Zivilgesellschaft aufzubauen. Diese werden sowohl durch Interessen als auch durch Ideen miteinander verbunden sein. Konkret müssen wir dabei fragen: Was wollen wir mit den riesigen Kapazitäten unserer wohlhabenden Gesellschaften anfangen?

Obwohl Wirtschaftsvertreter oft darauf bestehen, dass wir überall knappe Ressourcen haben, ist das eigentlich nur in Bezug auf die ökologischen Grenzen im vollen Sinne wahr. Wir erschöpfen, verarmen und destabilisieren unsere Umwelt schnell und unwiederbringlich. Umso wichtiger ist es, Antworten auf die Frage zu verlangen, was wir eigentlich mit dem riesigen, expandierenden und diversifizierten Produktionssystem anfangen wollen, das unser derzeitiges Wachstumsregime hervorgebracht hat. Die Antwort auf diese Fragen ist wirklich nicht offensichtlich, denn selbst unter den besten Umständen ist klar, dass unsere derzeitige Lebensweise nicht mit den ökologischen Grenzen vereinbar ist. Sie wird durch die Tatsache, dass der Drang nach Profit und das System des Eigentums die gesellschaftliche Energie und Kreativität verzerren und pervertieren, doppelt erschwert. Und niemand von uns ist von dieser Verzerrung und Perversion ausgenommen. Ideologien durchbrechen; Gemeinplätze wie die soziale Marktwirtschaft entwirren; zu fragen, was wirklich vor sich geht, wo die Grenzen liegen, wer was für wen tut – das wäre ein entscheidender erster Schritt. Unsere Interessen in Bezug auf den gesellschaftlichen Überschuss zu definieren, erfordert Arbeit, auch an uns selbst. Das ist schwierig,

manchmal konfrontativ und nervenaufreibend, aber auch überraschend, faszinierend und macht oft sogar Spaß. Das ist das Feld, das unser neues Magazin für sich definiert. Die zentrale Frage: Was wollen wir eigentlich mit dem Surplus?

Kommentare ₁



[X](#) [@](#) [M](#) [▶](#) [in](#) [Anmelden](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#) [AGB](#) [Jobs](#) [Über Surplus](#)